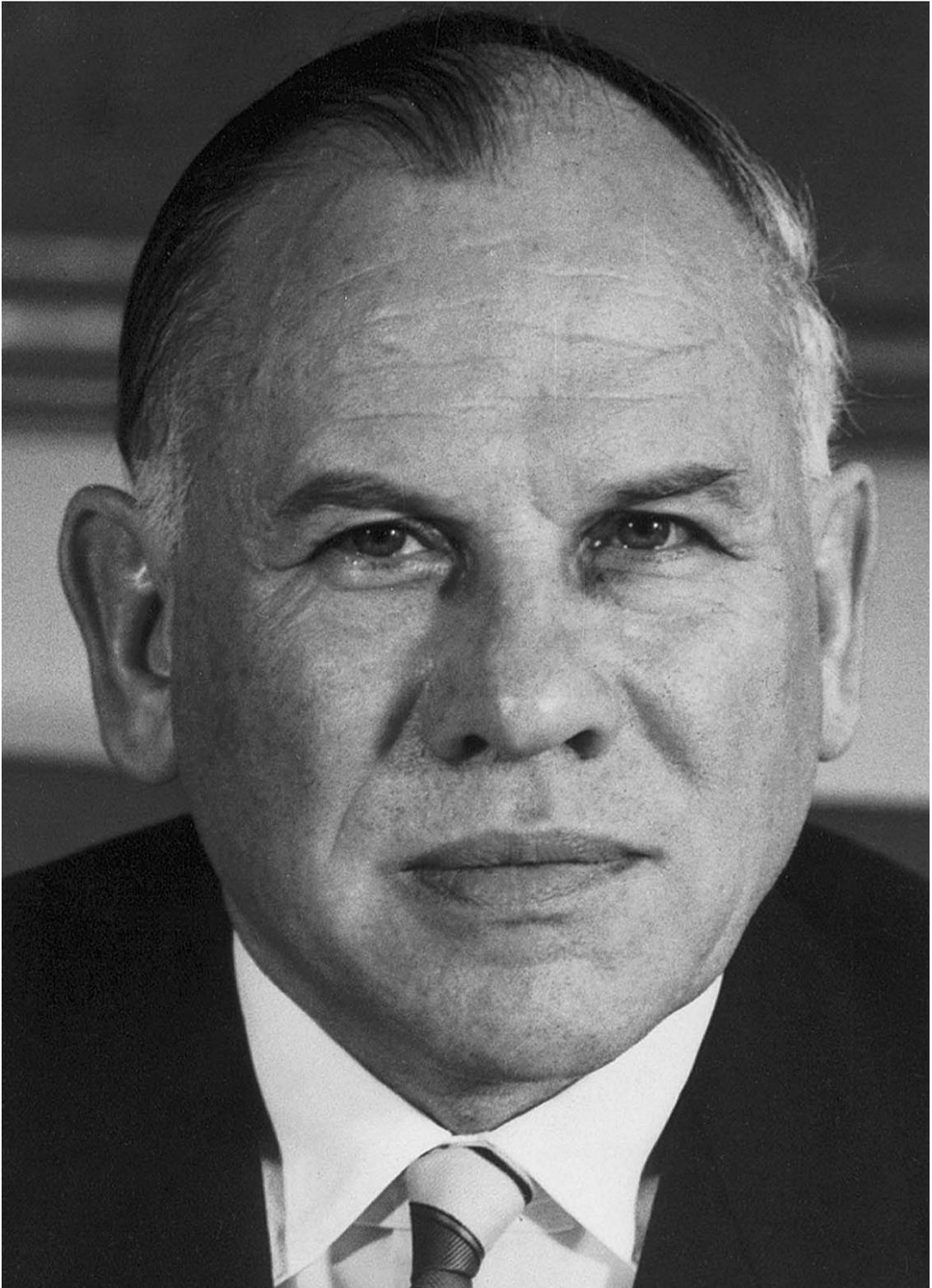




Prof. Dr. Eugen Gerstenmaier

Feierstunde zum 100. Geburtstag



Am 25. Oktober 2006 fand im Plenarsaal des Deutschen Bundestages eine Feierstunde aus Anlass des 100. Geburtstages seines ehemaligen Präsidenten Prof. Dr. Eugen Gerstenmaier statt.

Der Beitrag von Bundestagspräsidentin a. D. Dr. h. c. Annemarie Renger wurde für diesen Sonderdruck erstellt.

Die Feierstunde wurde musikalisch vom Kuss-Quartett begleitet.

Herausgeber:
Deutscher Bundestag
Referat Öffentlichkeitsarbeit
Berlin 2006

Protokollierung:
Deutscher Bundestag
Stenografischer Dienst

Fotos:
Deutscher Bundestag, Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, picture-alliance

Gesamtherstellung:
Satz-Rechen-Zentrum Hartmann + Heenemann,
12103 Berlin



Inhalt

Ansprache des Präsidenten des Deutschen Bundestages Dr. Norbert Lammert	7
Beitrag der Bundestagspräsidentin a. D. Dr. h. c. Annemarie Renger	19
Curriculum vitae	27

Ansprache des Präsidenten des Deutschen Bundestages Dr. Norbert Lammert

Frau Bundeskanzlerin!
Verehrte Frau Renger!
Exzellenzen!
Liebe Kolleginnen und Kollegen!
Meine Damen und Herren!

Aus Anlass des 100. Geburtstages von Eugen Gerstenmaier und 20 Jahre nach seinem Tod ist der Deutsche Bundestag heute zu einer Feierstunde zusammengetreten, um an einen „legendären Bundestagspräsidenten“ zu erinnern – wie es mein Vorgänger im Amt einmal ausgedrückt hat –, der viel länger als jeder seiner Vorgänger und Nachfolger an der Spitze dieses Parlamentes gestanden hat.

Ich begrüße den ehemaligen Bundespräsidenten Walter Scheel, alle Kolleginnen und Kollegen – insbesondere ehemalige Kolleginnen und Kollegen sowie Weggefährten – ebenso herzlich wie Angehörige der Familie Gerstenmaier, zahlreiche Gäste und ganz besonders Annemarie Renger, die erste Frau im Amt des Parlamentspräsidenten, der ich für ihre Bereitschaft danke, eigene Erinnerungen aus der gemeinsamen Zeit mit ihrem großen Vorgänger in diese Gedenkfeier einzubringen.

Lassen Sie mich die Charakterisierung Eugen Gerstenmaiers mit einem Zitat beginnen. Im Januar 1945 fand vor dem Volksgerichtshof die Verhandlung wegen Hoch- und Landesverrats gegen den Angeklagten Eugen Gerstenmaier statt, der im Kreisauer Kreis zu den wenigen gehört hatte, die für ein Attentat auf Adolf Hitler plädierten. Der Oberreichsanwalt kennzeichnete in seinem Abschlussplädoyer den späteren Bundestagspräsidenten als:

... blassen Theoretiker, wie er im Buche steht. Ein Kirchenmann, Konsistorialrat und Theologe, der von den Dingen keine Ahnung hat, in die er sich verwickelt. Wahrscheinlich aner kennenswert in seinem Fach, von Politik keine Ahnung.

Eine bemerkenswerte Fehleinschätzung. Wie hätte der Herr Oberreichsanwalt gestaunt, fast zehn Jahre später, im November 1954, den heftigen Widerstand gegen den Kandidaten für das Amt des Bundestagspräsidenten damit begründet zu hören, dass ebendieser Eugen Gerstenmaier entschieden zu politisch für dieses Amt sei.

Der damals 48-jährige Kandidat für die Nachfolge des früh verstorbenen Hermann Ehlers nämlich, obschon erst seit vergleichsweise wenigen Jahren politisch aktiv, stellte einen ganz anderen Typus dar als seine beiden Vorgänger. Eugen Gerstenmaier, der ehemalige



Eugen Gerstenmaier vor dem Volksgerichtshof 1944

Leiter des Evangelischen Hilfswerks und Mitbegründer der Zeitschrift „Christ und Welt“, war stark in der Außen- und insbesondere der Europapolitik engagiert und hatte seit 1953 – als Nachfolger seines Landsmanns Carlo Schmid – das Amt des Vorsitzenden des Ausschusses für Auswärtige Politik inne, ein Amt übrigens, das ihm Freude machte und seinen Interessen sehr entgegenkam. Vielleicht nicht nur, aber auch aus Loyalität gegenüber Konrad Adenauer hatte er sich deshalb zur Kandidatur bewegen lassen und nicht zuletzt wegen seiner bereits des Öfteren unter Beweis gestellten Loyalität gegenüber dem Bundeskanzler wurde Gerstenmaier im November 1954 erst im dritten Wahlgang – und auch dann nur mit 14 Stimmen Mehrheit – zum Bundestagspräsidenten gewählt, sozusagen „mit Ach und Krach“, wie er selber später einmal sagte. Der heute scheinbar selbstverständliche überparteiliche Konsens bei der Wahl von Parlamentspräsidenten war damals alles andere als selbstverständlich. Man kann mit einer gewissen Berechtigung sagen, dass Eugen Gerstenmaier durch seine Amtsführung diese Tradition erst begründet, jedenfalls gefestigt hat.

Vorweggenommen sei hier, dass die Ergebnisse der Wahlen Gerstenmaiers zum Bundestagspräsidenten 1957, 1961 und 1965, die jeweils eine große, wenn nicht überwältigende Zustimmung zeigten, bereits deutlich machten, dass und in welcher Weise es dem

angeblichen Gefolgsmann Adenauers gelungen war, Präsident des gesamten Deutschen Bundestages zu werden und das Vertrauen aller Abgeordneten zu erlangen. Carlo Schmid bestätigt diese Leistung in seinen „Erinnerungen“, in denen er sagt:

Ich habe schon damals den Tatendrang und die unternehmende Zähigkeit dieses gar nicht so pfäffischen Theologen mit starker Neigung zur Philosophie bestaunt, der in die Politik gegangen war, weil er sich zutraute, die Bildungswerte des klassischen deutschen Idealismus zum Lebenselement des neuen Staates zu machen. ... Eugen Gerstenmaier

– immer noch Carlo Schmid –

wurde ein guter Präsident des deutschen Parlaments, der es auch politisch Andersdenkenden gegenüber nie an Loyalität fehlen ließ ...

Hier klingt bei Carlo Schmid bereits eine der Aufgaben, wenn nicht die Aufgabe an, die Eugen Gerstenmaier in das Zentrum seiner Tätigkeit als Bundestagspräsident stellte: am Aufbau des neuen, demokratischen Staates Bundesrepublik Deutschland mitzuwirken und dem Parlament in diesem Staat den ihm gebührenden Rang zuzuweisen. Wie klar er diese Aufgabe vor sich sah, machen seine Worte deutlich, die er am 15. Oktober 1957 anlässlich der erneuten Amtsübernahme vor dem Parlament sprach:

Der deutsche Parlamentarismus

– so Eugen Gerstenmaier –

befindet sich noch immer in einem Prozess seiner Durchbildung und Fertigung. Dieser Prozess darf nicht abgebrochen werden, sondern er muss auch in den nächsten vier Jahren besonnen gefördert werden. Denn ob es die Kritiker der parlamentarischen Demokratie nun wahrhaben wollen oder nicht: In dieser Epoche schlägt das Herz des freiheitlichen Rechtsstaates in Deutschland eben nicht nur in der Kraft seiner Regierung und in der Integrität seiner Gerichte und Verwaltung, sondern vor allem in der Lebendigkeit und Kraft seines Parlaments.

Eugen Gerstenmaier hat damals gesagt:

Ein lebendiges Parlament braucht nicht mit scheelen Augen auf eine kraftvolle Regierung zu sehen, sondern es wird eine kraftvolle Regierung als einen angemessenen Partner würdigen. Umgekehrt darf sich eine starke Regierung nicht ein schwächliches Parlament wünschen. In ihrem eigenen Interesse müsste sie ein Parlament wünschen, das sich auch seines Ranges und Gewichtes bewusst ist.

In diesen Worten wird der programmatische Kern des gesamten Wirkens des Bundestagspräsidenten Eugen Gerstenmaier deutlich, dem es stets, nicht zuletzt aufgrund

seiner Erinnerung an die Parlamentsverachtung breiter Bevölkerungsschichten in der Weimarer Republik, aber auch aufgrund seiner Erfahrungen und Diskussionen im Widerstand gegen Hitler, darum ging, dem demokratisch gewählten Parlament die zentrale Stellung zu sichern, die ihm als einzigem direkt vom Volk gewählten Verfassungsorgan zukommt. Es ist nur konsequent, wenn Gerstenmaier immer wieder auch darauf hinweist, dass die Opposition im Parlament unverzichtbar ist und dass Debatten durchaus lebendig, wenn nicht bisweilen sogar leidenschaftlich geführt werden müssen, wenn es um wichtige Fragen geht.

Bei den Bemühungen Gerstenmaiers um die angemessene Stellung und ein würdiges Bild des Parlamentes ging es nicht um Äußerlichkeiten und Eitelkeiten. Gerstenmaier begriff sich und handelte stets als erster Repräsentant des Parlaments. Aus diesem Selbstbewusstsein und aus seinem Selbstverständnis als Christ, der sich stets als „unter Gott“ stehend begriff – auch dies eine von Gerstenmaier häufig gebrauchte Formulierung –, folgte eine Haltung, die mit dem heute eher selten gewordenen Begriff der Demut benannt werden kann, obwohl sein persönliches Auftreten durchaus selbstbewusst, im Anspruch an das von ihm bekleidete Amt gelegentlich gänzlich undemütig sein konnte. So kann es nicht wundernehmen, dass der „Gefolgsmann Adenauers“ am 12. Januar 1956 dem Bundeskanzler unter anderem mit dem Hinweis zu seinem 80. Geburtstag gratuliert, dass im Parlament zwar die Regierung unseres Staates geboren werde, dass sie in ihm aber nicht regiere, sondern dass



Bundestagspräsident Gerstenmaier würdigt den scheidenden Bundeskanzler Adenauer im Deutschen Bundestag, Bonn, am 15. Oktober 1963.

sie im Parlament ihrerseits dem Gesetz unterworfen werde. – Ein Dankschreiben Adenauers zu dieser Gratulation ist bis heute nicht gefunden worden.

Es kann jedenfalls nicht überraschen, dass angesichts eines solchen parlamentarischen Selbstbewusstseins das Verhältnis von Gerstenmaier und Adenauer nicht immer spannungsfrei war, auch wenn Konrad Adenauer zum 60. Geburtstag des Bundestagspräsidenten mit den Worten gratulierte:

Wenn Eugen Gerstenmaier mit großer Beharrlichkeit und Konsequenz an den Grundsätzen unserer Politik festhält, für sie kämpft, so ist doch sein rastloser Geist ständig damit beschäftigt, dem unveränderten Ziel eine den veränderten Verhältnissen entsprechende Gestaltung zu geben. Diese Kraft des konstruktiven Denkens, der Anpassungsfähigkeit, verbunden mit der Grundsatztreue und dem zähen, beharrlichen Durchstehvermögen, macht Eugen Gerstenmaier zu einem unserer wertvollsten Politiker ...

Das Selbstbewusstsein des Parlaments als des zentralen Verfassungsorgans suchte Eugen Gerstenmaier im Übrigen auch durch einen eigenen parlamentarischen Stil auszudrücken und im öffentlichen Bewusstsein zu verankern. So wurde schon kurz nach seinem Amtsantritt das noch heute gültige Zeremoniell eingeführt, dass Abgeordnete sich beim Eintritt des amtierenden Präsidenten in den Plenarsaal erheben und erst Platz nehmen, wenn der amtierende Präsident seinen Platz eingenommen hat. Auch der Frack als Bekleidung für die Parlamentsassistenten – den es noch heute gibt, wenn auch in mehrmals modifizierter Gestaltung – wurde bereits kurz nach der Übernahme des Amtes durch Eugen Gerstenmaier eingeführt, der die Ächtung der Autorität – ebenso wie die mangelnde Toleranz – stets als schwere Gefahr für Deutschland und die freie Welt einschätzte.

Autorität aber sollte sich das Parlament nicht nur und nicht in erster Linie durch das Zeremoniell verschaffen, sondern vor allem durch seine Arbeit. Eine Mahnung übrigens, die Eugen Gerstenmaier in seinem Lebensbericht mitteilt, klingt in diesem Zusammenhang ziemlich aktuell:

Die Misere des Bundestages

– so notiert er –

liegt nicht, wie viele Kritiker meinen, an seinem tatsächlich schwergewichtigen Ausschusswesen und dessen fatalem Hang zur Regelung zu vieler Details. Sie liegt an der Sucht, zu viele Bereiche, die auch ohne gesetzliche Ordnung auskommen könnten, einer solchen zu unterwerfen.

Eugen Gerstenmaier hat sich über seine gesamte Amtszeit hinweg und mit der ihm eigenen Hartnäckigkeit darum gekümmert, die Arbeitsmöglichkeiten der Abgeordneten zu

verbessern und die parlamentarische Arbeit den Erfordernissen der Zeit anzupassen. Auch wenn das, was wir als „große Parlamentsreform“ bezeichnen, erst unter seinem Nachfolger von Hassel in Angriff genommen wurde – was von allen Nachfolgern in unterschiedlicher Weise fortgesetzt worden ist –, so hat Gerstenmaier unter anderem durch die Neugestaltung der Fragestunde und die Einführung der Aktuellen Stunde die Informationsrechte des Parlaments gestärkt und zur Belebung der Debatten beigetragen. Außerdem hat er in zähen Verhandlungen alles getan, um die Arbeitsbedingungen der Abgeordneten zu verbessern und etwa zu ermöglichen, dass jedes Mitglied des Deutschen Bundestages ein eigenes Büro bekam. Das mag aus der heutigen Sicht als schiere Selbstverständlichkeit empfunden werden, bedeutete aber unter den Verhältnissen der Nachkriegsjahre einen großen Fortschritt für die Mitglieder des Deutschen Bundestages. Der so genannte Lange Eugen – das Abgeordnetenhochhaus in Bonn, mit dessen Bau 1966 begonnen wurde und das übrigens



Bundestagspräsident Gerstenmaier beim Richtfest des Abgeordnetenhochhauses in Bonn („Langer Eugen“), 10. Mai 1968

schon beim Richtfest vom Polier mit seinem noch heute gebrauchten Spitznamen bezeichnet wurde – wurde zum auffälligsten Zeichen für das, was Eugen Gerstenmaier für die Arbeitsmöglichkeiten des Parlaments in Bonn getan hat.

Die durchaus spannungsvolle Verbindung zwischen Parlament und Regierung lässt sich mit einer kurzen Passage aus Gerstenmaiers außerordentlich lesenswerten Memoiren verdeutlichen, mit der er sich auf den Zeitpunkt bezieht, als er noch Präsident, Adenauer aber nicht mehr Kanzler war:

Wie groß, wie durchgreifend der Rollenunterschied zwischen den Regierenden und den Parlamentariern, zwischen Exekutive und Parlament, keineswegs nur zwischen Regierung und parlamentarischer Opposition, indessen ist und bleibt, trat mir am unmittelbarsten entgegen in einem Gespräch mit Konrad Adenauer. Als er auf seinem Altenteil im Bundesratsflügel des Bundeshauses saß, besuchte er mich hin und wieder in den Räumen des Bundestagspräsidenten. Meist kam er vom Memoirenschreiben und war meditativ gestimmt. An jenem Abend aber war er eher aggressiv: „Herr Bundestagspräsident“, so formell fing er gewöhnlich an, wenn er Beschwerde führen wollte, „Herr Bundestagspräsident, was hat eigentlich ein Abgeordneter in diesem Haus zu bestellen? Wie kann er Einfluss auf die Politik nehmen? Was kann er überhaupt tun?“ Ich hörte ihn nicht ohne Vergnügen an. Dann sagte ich ihm, ich freue mich, dass er wenigstens noch am Abend seines politischen Wirkens eine unmittelbare Einsicht in die existentielle Situation eines Bundestagsabgeordneten gewinne.

Ebenso hartnäckig setzte sich Eugen Gerstenmaier auch für die Wiederherstellung der deutschen Einheit ein. Dabei war ihm bewusst, dass die Deutschen mit dieser Forderung „allmählich nicht wenig einflussreichen Gestalten der Weltpolitik auf die Nerven“ gehen würden, wie er es 1957 im Plenum formulierte, das in Berlin zusammentrat. Unter keinem anderen Bundestagspräsidenten jedenfalls zeigte das Parlament in der Zeit der deutschen Teilung mehr Präsenz in Berlin und den Wiederaufbau des Reichstagsgebäudes setzte Gerstenmaier in zähen Verhandlungen und gegen mancherlei Widerstände schließlich durch. Dass nach dem denkbar knappen Umzugsbeschluss, mit Parlament und Regierung nach Berlin zu ziehen, mit einer dann um so erstaunlicheren haushohen Mehrheit die Entscheidung getroffen wurde, im Reichstagsgebäude wieder den Sitz eines frei gewählten Parlaments zu nehmen, hat mehr als auf den ersten Blick mit Eugen Gerstenmaier zu tun. Denn ob sich diese Option überhaupt noch gestellt hätte, wenn man den Empfehlungen mancher Zeitgenossen gefolgt wäre, diese Ruine wie viele andere rechtzeitig zu entsorgen, ist eine bestenfalls offene Frage.

Was das „auf die Nerven gehen“ betrifft: Konflikte mit dem Kanzler und anderen Regierungsmitgliedern hat er keineswegs gescheut, auch nicht, als es darum ging, 1959, kurz nach Ablauf des sowjetischen Berlin-Ultimatums, die Bundesversammlung zur Wahl des Bundespräsidenten nach Berlin einzuberufen, oder darum, auch vonseiten des Parlaments deutschlandpolitische Initiativen zu entfalten.

Erheblichen Unmut rief er bei Adenauer, Brentano und vielen Mitgliedern der eigenen Fraktion mit seiner Rede in der letzten Plenarsitzung des dritten Deutschen Bundestages am 30. Juni 1961 hervor. In ihr sprach sich Gerstenmaier in aller Deutlichkeit dafür aus, dass über das Verfahren zu einem Friedensvertrag mit Deutschland eine Einigung zwischen den Westmächten und der Sowjetunion herbeigeführt werden solle, damit dann durch die Friedensverhandlungen selbst endlich Klarheit geschaffen werden könnte.

Ich wollte

– so schreibt Gerstenmaier in seinem Lebensbericht über den später selbst eingeräumten „Missbrauch seines Amtes“ –

unsere Außenpolitik aus der Defensive herausbringen, und ich wollte ... die zunehmende Ignoranz gegenüber der deutschen Frage in der westlichen, in der internationalen politischen Welt nicht tatenlos hinnehmen.

Diese Rede, die im Übrigen ein erhebliches Medienecho im Inland wie im Ausland hervorrief, wurde damals von vielen Beobachtern als Signal verstanden, dass Gerstenmaier sich als Kanzler einer großen Koalition habe empfehlen wollen.

Sein Eintreten für das Reichstagsgebäude, für Berlin und für die deutsche Einheit aber war bei Gerstenmaier nie von Taktik geprägt, sondern stets eingebettet in seine tief empfundene Verantwortung vor der deutschen Geschichte, unter der er immer die gesamte deutsche Geschichte mit allen ihren Höhen und Tiefen verstand. Die Tendenz zur Flucht aus der Geschichte sei angesichts der Verbrechen der Hitlerzeit zwar verständlich, aber, so Gerstenmaier:

Auch der moderne Staat muss, wenn er menschlich sein soll, mehr sein als ein Ausgleich der Interessen, auch in ihm muss eine Seele hausen. Was ist denn Staatsbewusstsein ohne ein geklärtes Geschichtsbewusstsein?

Worte, die möglicherweise sprachlich veraltet klingen, die an Aktualität aber nichts verloren haben. – Auch die kritische Auseinandersetzung Gerstenmaiers mit der Entwicklung der Bundesrepublik zu einem Wohlfahrtsstaat, vor dessen „finanzieller Überschuldung“ er Ende der 50er Jahre ebenso warnte wie vor „der Rückbildung persönlicher Risikobereitschaft“, ist Zeugnis eines ständigen Reflexionsprozesses. Immer wieder versucht Gerstenmaier, das Tagesgeschehen in einen Gesamtzusammenhang zu stellen. Dieses Charakteristikum des Bundestagspräsidenten Gerstenmaier liegt wohl nicht zuletzt darin begründet, dass er sich als konservativ verstand. Konservativ sein hieß für ihn:

... sich dem geschichtlichen Zusammenhang zu stellen und sich hinordnen auf das, was immer gültig bleibt, also auf innere Werte, die auch im Wandel der Geschichte unbedingte Gültigkeit beanspruchen dürfen.



Bundestagspräsident Gerstenmaier eröffnet die Plenarsitzung des Deutschen Bundestages in der Technischen Universität Berlin, 1. Oktober 1958.

Die politische Karriere des Bundestagspräsidenten Eugen Gerstenmaier hat kontrovers begonnen und ist im Streit unwürdig zu Ende gegangen. Die in mancherlei Hinsicht bemerkenswerte Pressekampagne, die auf der Grundlage gefälschter Unterlagen gegen ihn entfesselt wurde, die ihn zermürbte und schließlich zum Rücktritt veranlasste, kann seine Leistungen nicht schmälern. Ein aus Lügen, Halbwahrheiten und gefälschten Dokumenten von der Stasi zusammengestelltes Dossier sollte beweisen, dass Eugen Gerstenmaier weder habilitiert worden sei – also zu Unrecht eine Entschädigung für die aus politischen Gründen verweigerte Professur beantragt habe –, noch zu den Widerständlern gehört habe. Vielmehr sei er ein Spitzel der Nationalsozialisten gewesen.

Als die Staatsanwaltschaft Bonn nach sechs Jahren in einem mehrere hundert Seiten starken Dokument jeden einzelnen Vorwurf als Lüge entlarvte, war Eugen Gerstenmaier vollständig rehabilitiert, aber nicht mehr im Amt. Die Kampagne hatte ihn zermürbt und im Januar 1969 in den Rücktritt getrieben. Die Umstände seines Rücktritts waren unbeschadet seiner eigenen Ungeschicklichkeiten kein Ruhmesblatt der Republik, weder für die Medien noch für die eigene Partei. Eugen Gerstenmaier war im Übrigen nicht der erste und auch nicht der letzte prominente Politiker, der die deprimierende Erfahrung machen musste, dass Ehren- und Solidaritätsbekundungen der eigenen Partei in schwieriger Zeit entweder erst zu einem Zeitpunkt oder in einer Version erfolgen, in denen sie praktische Wirkung nicht mehr haben konnten oder sollten.

Man muss die Vielschichtigkeit und auch Widersprüchlichkeit der Person stets vor Augen haben, wenn man das Wirken und die Leistung Gerstenmaiers würdigen will. Nicht umsonst gab Eugen Gerstenmaier zeit seines Lebens immer wieder Anlass zu Kontroversen und nicht umsonst gab er seinem Lebensbericht, seinen Memoiren, den Titel „Streit und Friede hat seine Zeit“ – denn Streit bedeutete für ihn, solange er die Person des Gegners respektierte, notwendige Station auf dem Weg zur gemeinsam gefundenen Lösung.

Eugen Gerstenmaier, dessen 100. Geburtstag wir am 25. August begangen haben, hat den Deutschen Bundestag nicht nur dadurch entscheidend geprägt, dass er bis heute der Präsident ist, der am längsten amtierte; vielmehr gilt, dass er, einer der gebildetsten Politiker seiner Zeit, dem Parlament in der Zeit des Wiederaufbaus und der Fertigung des demokratischen Deutschland eine klar umrissene Gestalt und Respekt in der Öffentlichkeit verschaffte und das Selbstverständnis der Parlamentarier festigte. Beim Staatsakt im Plenarsaal des Deutschen Bundestages nach seinem Tod im März 1986 hat der damalige Bundeskanzler Helmut Kohl ihn so gewürdigt:

Auf seine Art ist Eugen Gerstenmaier wie Konrad Adenauer, Theodor Heuss und Kurt Schumacher ein Glücksfall für die deutsche Geschichte in der Mitte dieses Jahrhunderts. Er hat die Zeit geprägt als Politiker, der Maßstäbe setzte.

Eugen Gerstenmaier hat Maßstäbe gesetzt. Wir haben Anlass, seiner in Dankbarkeit für all das zu gedenken, was er vor und in seiner Amtszeit als Bundestagspräsident für das Ansehen Deutschlands in der Welt und für die Festigung der parlamentarischen Demokratie geleistet hat.

Beitrag von Bundestagspräsidentin a. D. Dr. h. c. Annemarie Renger

Als langjährige Abgeordnete des Deutschen Bundestages, als seine Präsidentin und als Zeitgenossin von Eugen Gerstenmaier schreibe ich über den Politiker Eugen Gerstenmaier, der von 1954 bis Januar 1969 Präsident des Deutschen Bundestages war.

Er hat in den ersten Jahrzehnten der Bundesrepublik Deutschland entscheidend mit dazu beigetragen, dass sich nach der verbrecherischen Nazi-Herrschaft wieder ein demokratischer und sozialer Rechtsstaat entwickeln konnte, dessen Parlament der zentrale Ort der politischen Entscheidungen wurde und bis heute geblieben ist.

In meiner Erinnerung ist Gerstenmaier nicht nur als der am längsten amtierende Bundestagspräsident in der nunmehr auch schon fast sechzigjährigen Parlamentsgeschichte haften geblieben. Er trug vor allem durch seine zahlreichen eigenständigen Vorschläge und Überlegungen dazu bei, die parlamentarisch-politische Arbeit dieses Hohen Hauses immer wieder mit Blick auf ihre Effektivität zu verbessern. Die Vermittlung dieser Arbeit nach außen war ihm eine Herzensangelegenheit, galt es doch, den Menschen nach der Nazi-Diktatur die parlamentarische Demokratie näher zu bringen, sie verständlich zu machen, um die politische Zustimmung der Menschen für sie zu gewinnen und zu stärken.

Was hat ihn dazu immer wieder angetrieben?

Die persönlichen Erfahrungen in der Nazi-Diktatur und die Zerstörung der ersten deutschen Demokratie haben die politische Persönlichkeit des früheren Präsidenten entscheidend geprägt.

Als Gegner der Nationalsozialisten spielte Eugen Gerstenmaier in der Bekennenden Kirche im Kreisauer Kreis eine besondere Rolle. Bereits 1934 erstmals verhaftet, schloss er sich 1938 – nach der Münchener Konferenz – dem Widerstand um Graf Moltke und den „Kreisauern“ an. Am 20. Juli 1944 wurde Gerstenmaier, der sich im Oberkommando der Wehrmacht aufhielt, im Umkreis des Grafen Stauffenberg verhaftet und wegen Hochverrat zu einer siebenjährigen Zuchthausstrafe verurteilt. Im April 1945 befreiten ihn amerikanische Soldaten aus dem Zuchthaus in Bayreuth.

Seine Entscheidung, in den kommenden Jahrzehnten einen aktiven politischen Beitrag zur Wiederbegründung und Festigung der parlamentarischen Demokratie in Deutschland zu leisten und seine theologische Ausbildung nicht zu seinem Hauptberuf auszubauen, beruhte zum größten Teil auf diesen einschneidenden Erfahrungen in den Jahren der nationalsozialistischen Diktatur. Bereits im ersten Kabinett Adenauer war Gerstenmaier als Vertriebenenminister vorgeschlagen worden. Das Angebot von Adenauer, dem der evangelische Protestant Gerstenmaier vielfach in einer deutlich distanzierteren, wenn auch von

Respekt getragenen Haltung in vielen innen- wie außenpolitischen Fragen gegenübertrat, schlug er aus.

Konrad Adenauer sah in dem schwäbischen Abgeordneten stets einen Parlamentarier, der wegen seiner Eigenwilligkeit und Eigenständigkeit unter den Kolleginnen und Kollegen auffiel.

Eugen Gerstenmaier war ein ambitionierter politischer Kopf in dieser Zeit, der nach größeren Aufgaben Ausschau hielt.

In seiner Partei, der CDU, wurde er 1956 zum stellvertretenden Bundesvorsitzenden gewählt – und behielt dieses Amt bis zu seinem Ausscheiden aus dem Parlament im Jahre 1969.

Was bleibt?

Unsere gemeinsame Zeit als Abgeordnete im Deutschen Bundestag begann 1953.

Trotz unterschiedlicher Parteizugehörigkeit verband uns Parlamentarier der Nachkriegszeit zumindest eines: unsere Bereitschaft, mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln einen Beitrag dafür zu leisten, dass die demokratische, rechtsstaatliche und soziale



Bundestagspräsident Gerstenmaier leitet die Bundestagssitzung in Bonn, 4. Mai 1960.

Entwicklung dieses Landes auf den Weg gebracht und gefestigt wurde. Die Gefährdungen der jungen Demokratie waren alltäglicher Art.

Im demokratisch gewählten Deutschen Bundestag hatten und haben wir eine Arena, in der alle Konflikte der damaligen Zeit – dagegen sind manche der heutigen politischen Auseinandersetzungen oft nur divergierende Meinungsverschiedenheiten zwischen Parteien – gelöst werden konnten und mussten. Ich hoffe sehr, dass bei allem gegenwärtigen politischen Streit, der ja erforderlich ist, um zu einem einvernehmlichen Handeln und Gestalten zu kommen, diese grundlegende Erfahrung aus den ersten Jahren der jungen deutschen Nachkriegsdemokratie nicht und niemals vergessen wird.

Am 16. November 1954 wurde Eugen Gerstenmaier zum Bundestagspräsidenten gewählt. Bundeskanzler Adenauer hatte ihn nach dem Tode von Hermann Ehlers vorgeschlagen, wohl auch unter Berücksichtigung der herausragenden politischen Reden Gerstenmaiers, der in zahlreichen bedeutenden Debatten schwäbelnd und/oder rhetorisch geschickt zu überzeugen verstand. Ich erinnere mich persönlich besonders an eine Debatte, in der er zu einem besonders heftig umstrittenen politischen Thema eindeutig Stellung bezog. Es war die Debatte, in der es um das später so genannte „Wiedergutmachungsabkommen mit Israel“ ging. Obwohl in der damaligen Regierungskoalition aus CDU, CSU, FDP und DP (Deutsche Partei) kein einheitliches Meinungs- und Abstimmungsbild erkenntlich war, trat der Abgeordnete Eugen Gerstenmaier an das Rednerpult im alten Bonner Plenarsaal und erklärte für seine Fraktion unter anderem:

Dieser Vertrag entspringt, was Deutschland betrifft, dem festen Willen, einer klar und genau empfundenen sittlichen Verpflichtung nach dem Maße unserer nationalen Kraft einen materiellen Ausdruck zu geben. Und dieser Vertrag hat das Ziel, Deutschland aus dem Ghetto ganz und für immer herauszubringen. Ich sehe nicht ein, warum nicht beides frei ausgesprochen werden kann.

Deutschland hat in dieser Sache eine unabweisbare doppelte Pflicht, erstens gegenüber den Opfern der Tyrannei, zweitens gegenüber sich selbst, seinem Namen und seiner geschändeten Ehre. Wir sind nicht bereit, darüber erst noch in Diskussionen einzutreten ...

Da durch diesen Vertrag zahlreiche Abgeordnete der damaligen Regierungskoalition eine Beeinträchtigung des deutsch-arabischen Verhältnisses befürchteten, stellte Eugen Gerstenmaier in seiner Rede fest:

Wir bedauern, dass dieser Vertrag zu einer zeitweiligen Trübung des deutsch-arabischen Verhältnisses geführt hat. Wir legen Wert auf die alte Freundschaft Deutschlands zu den arabischen Staaten ... Aber die Brücke, die wir Deutschen in dieser Sache nun einmal zu betreten haben, führt von den im Namen Deutschlands verjagten und ermordeten Juden nicht zu den Arabern, sondern zu Israel ... Wir können und werden uns auch von den arabischen Freunden

Deutschlands nicht hindern lassen, das zu tun, was Gewissen und Ehre uns gebieten ...

In der Betonung der Besonderheit der politischen Qualität unserer Beziehungen zum Staat Israel darf es nach meiner festen Überzeugung kein Nachlassen geben – damals nicht und auch heute nicht. Diese Eindeutigkeit, diese Übereinstimmung von moralischer Verantwortung und politischer Zukunftsgestaltung in einer für unsere Außenpolitik so entscheidenden Phase haben mich damals nachhaltig von der Aufrichtigkeit dieses Demokraten überzeugt.

Eugen Gerstenmaier war und bleibt in meiner Erinnerung eine Persönlichkeit, die dem Hohen Hause Richtung gewiesen und Maßstäbe gesetzt hat. Sie waren damals erforderlich. Auch heute gilt es genauso wie damals, Richtung zu geben und Maßstäbe zu setzen.

Der Vertrag mit Israel fand eine politische Mehrheit – wenn auch die damalige Regierungskoalition keine eigene Mehrheit zustande brachte. Ich darf als Sozialdemokratin



Bundestagspräsident Gerstenmaier leitet die Plenarsitzung des Bundestages am 1. Oktober 1958 in der Technischen Universität Berlin.

daran erinnern: Nur die sozialdemokratische Opposition stimmte aus staatspolitischer und moralischer Verantwortung geschlossen für dieses Gesetz.

Ich möchte Ihnen noch einige weitere, für unser Land wichtige Entscheidungen in Erinnerung rufen, die auch mit dem Namen von Gerstenmaier verbunden sind und es immer bleiben werden.

In den Jahren der Teilung unseres Landes und Berlins war immer wieder die Frage diskutiert worden, wo die Bundesversammlung tagen sollte, um den Bundespräsidenten zu wählen, in Westdeutschland, wie man damals sagte, oder in Berlin.

1959 gab es eine politische Kontroverse zwischen dem Auswärtigen Amt und dem Bundestagspräsidenten, weil dieser in seiner Zuständigkeit die Wahl des Bundespräsidenten für den 1. Juli 1959 nach Berlin einberufen hatte, obwohl die Bundesregierung in einem an ihn gerichteten Brief dringend vor dem Wahlort Berlin gewarnt hatte. Das Auswärtige Amt wollte mit diesem Brief auf möglicherweise unkontrollierbare Reaktionen der sowjetischen Seite hinweisen. In diesem Brief teilte der damalige Außenminister, Heinrich von Brentano, dem Bundestagspräsidenten auch mit, dass die Westmächte diese Empfehlung des Auswärtigen Amtes teilten. Der damalige Regierende Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt, erfuhr von diesem Ansinnen und nahm sein bevorstehendes Zusammentreffen mit den westlichen Außenministern in Genf zum Anlass, um mit Christian Herter, zu dieser Zeit Amerikas Außenminister, die Kontroverse zu erörtern. Dieser reagierte sichtlich empört auf die Vorstellungen aus dem Auswärtigen Amt und versicherte seinem Gesprächspartner Brandt, dass er und seine beiden westlichen Kollegen jede politische Verantwortung für eine Verlegung weg von Berlin von sich wiesen. Nach seiner Rückkehr informierte Brandt sofort Gerstenmaier über sein Gespräch.

Das Ergebnis war: es wurde in Berlin gewählt. Um dem ganzen noch die „politische Krone“ aufzusetzen, entschied dann der Bundestagspräsident, dass auch 1959 – wie schon fünf Jahre zuvor – die Westberliner Delegierten der Bundesversammlung das volle Stimmrecht bei der Wahl des Bundespräsidenten erhalten werden. So geschah es auch – übrigens ohne jegliche Störungen von sowjetischer Seite. Wenn man heute an diese Zeit erinnert, wird deutlich, wie wichtig damals – und auch heute – selbst die vermeintlich kleinsten politischen Ereignisse innen- oder außenpolitisch von Bedeutung waren und sind.

Was bleibt als Erfahrung?

Auch heute sind die erforderliche Härte und die erforderliche Führung bei der Durchsetzung von politischen Zielvorstellungen gefragt, gerade auch dann, wenn zukünftige Entwicklungen offen gehalten werden müssen, weil im gegenwärtigen Zeitrahmen keine Lösungen gefunden werden können.

Diesem Grundsatz ist Eugen Gerstenmaier auch in einer anderen Thematik stets treu geblieben: der Nutzung und dem Wiederaufbau des in Teilen schwer beschädigten Reichstagsgebäudes für parlamentarische Zwecke.



Übergabe des renovierten Südflügels des Reichstages, 11. November 1963. Am Modell links Bundestagspräsident Gerstenmaier; in der Mitte Architekt Paul Baumgarten.

Er, Gerstenmaier, war es, der 1958 – nach einer Sitzung des Bundestagspräsidiums in Berlin in der Technischen Universität – erklärte, man habe einstimmig den Ausbau des Reichstagsgebäudes beschlossen. Am 12. Februar 1959 besuchte Gerstenmaier erneut die Baustelle „Reichstagsgebäude“ und stellte fest, dass die Inschrift „Dem Deutschen Volke“ schon erneuert worden war.

Zugleich gab er bekannt, dass „das Reichstagsgebäude wiederhergestellt werde, und zwar mit dem Zweck, dereinst Haus des Bundestages zu sein.“

Um dieses Ziel nicht in Vergessenheit geraten zu lassen, haben wir, seine Nachfolgerinnen und Nachfolger im Amt des Präsidenten, viele prominente ausländische Gäste in den alten Reichstag eingeladen, um ihnen von diesem Gebäude aus den Widersinn der politischen Teilung dieser Stadt und unseres Landes durch eigenen Augenschein zu demonstrieren.

ren. Unser Standort sollte ihren Standpunkt in dieser Frage stärken. Ich glaube, wir waren nicht ganz erfolglos.

Dieses Reichstagsgebäude ist seit 1999 wieder Sitz des deutschen Parlaments in einem vereinten Deutschland. Eugen Gerstenmaier würde mit Stolz darauf schauen.

Eugen Gerstenmaier hat das, was man als den Bonner Parlamentsstil zu nennen pflegt, entscheidend mitgeprägt. Er hat parlamentarische Fragen aufgeworfen, die auch heute noch aktuell sind, weil sie für die Praxis der Parlamentsarbeit wesentlich bleiben. So lange ich denken kann, hat es immer wieder Kritik an der Auswahl der Abgeordneten und ihrer Arbeit gegeben. Im ersten Deutschen Bundestag haben die wenigen Akademiker, die schon in der Weimarer Republik wichtige parlamentarische und politische Funktionen inne hatten und im Bonner Parlament engagiert handelten, wichtige Akzente gesetzt. Ich erinnere an Hermann Ehlers, Konrad Adenauer, Kurt Schumacher, Carlo Schmid, Theodor Heuss und Thomas Dehler, um nur einige Namen zu nennen. In der Folgezeit verjüngten sich die führenden Persönlichkeiten im Parlament, in Regierung und in der Opposition. Sie alle standen auf dem festen Boden unserer Verfassung, dem Grundgesetz aus dem Jahr 1949, eine Verfassung, die wohl die beste Verfassung ist, die Deutschland je entwickelt hat.



Bundestagspräsident Eugen Gerstenmaier während der Sitzungswoche des Bundestages in Berlin, am 29. September 1958. Links: Heinrich Krone (CDU/CSU), rechts: Willy Brandt (SPD)

Auch die notwendigen Ergänzungen nach der Wiedervereinigung unseres Vaterlandes haben sie nicht in ihren zentralen Inhalten wesentlich verändert, auch nicht die jetzt auf den Weg gebrachte Föderalismusreform.

Gerade auch die Erinnerung an Bundestagspräsident Eugen Gerstenmaier erteilt uns allen die Aufgabe, die parlamentarische Demokratie immer wieder mit ihrem Verfassungsauftrag zu konfrontieren, sie den nach uns kommenden Generationen als Wert zu vermitteln, der unbedingt erhalten bleiben muss, trotz aller notwendigen zeitbedingten Veränderungen. Verfassungsauftrag und Verfassungswirklichkeit dürfen nicht auseinander laufen.

Bundestagspräsident Lammert hat in seiner Antrittsrede in erfreulicher Deutlichkeit auf die bedeutende Rolle des Parlaments hingewiesen, als Sie sagten:

Was ein politisches System als Demokratie qualifiziert, ist nicht die Existenz einer Regierung, sondern die Existenz eines Parlamentes und seine gefestigte Rolle im Verfassungsgefüge wie in der politischen Realität. Hier schlägt das Herz der Demokratie oder es schlägt nicht.

Darauf kommt es an – den Herzschlag der Demokratie spürbar werden lassen.

Die Menschen in unserem Land müssen gerade heute, in Zeiten von großen Veränderungen und globalen Herausforderungen erfahren und erleben, dass die Mitglieder des Deutschen Bundestages ihren Wählerauftrag als politisch Handelnde mit Leidenschaft und Hingabe, mit Klugheit und Weitsicht, mit Verantwortung für das Ganze wahrnehmen.

Prof. D. Dr. Eugen (Karl Albrecht) Gerstenmaier

Geboren am 25. August 1906 in Kirchheim/Teck
Verstorben am 13. März 1986 in Oberwinter/Remagen

Beginn der kaufmännischen Ausbildung nach der Realschule
1921

Nachholen des Abiturs am Eberhard-Ludwig-Gymnasium, Stuttgart
1931

Studium der Philosophie, Germanistik und evangelischen Theologie
in Tübingen, Rostock und Zürich
1931 bis 1935

Promotion („Schöpfung und Offenbarung“) zum Lic. theol. in Rostock,
später Umwandlung zum theologischen Doktorgrad
1935

Beauftragter der Württembergischen Evangelischen Landeskirche und wissenschaftlicher
Mitarbeiter im Kirchlichen Außenamt der Deutschen Evangelischen Kirche in Berlin
1936

Vorlage einer theologischen Habilitationsschrift an der Universität Berlin
mit dem Titel „Die Kirche und die Schöpfung“
1937

Verweigerung der Lehrbefugnis („Venia legendi“) aus politischen Gründen
1938

Beauftragter der Württembergischen Evangelischen Landeskirche und wissenschaftlicher
Mitarbeiter im Kirchlichen Außenamt der Deutschen Evangelischen Kirche in Berlin
1936

Aktiv im Widerstand gegen den Nationalsozialismus im „Kreisauer Kreis“ und Beteiligung
am Umsturzversuch vom 20. Juli 1944; anschließend Verhaftung und Verurteilung durch
den Volksgerichtshof zu sieben Jahren Zuchthaus

Befreiung durch die US-Truppen aus der Haft in Bayreuth
1945

Aufbau und Leitung des Hilfswerks der Evangelischen Kirchen (EKD)
1945 bis 1951



Mitbegründer und Herausgeber der Wochenzeitung „Christ und Welt“
1946

Beitritt zur CDU
1949

Mitglied des Deutschen Bundestages
(Wahlkreis Backnang – Schwäbisch-Hall)
1949 bis 1969

Mitglied der Gemeinsamen Versammlung der Europäischen Gemeinschaft
für Kohle und Stahl (Montanunion)
1950 bis 1954

Mitglied der Beratenden Versammlung des Europarats
1950 bis 1957

Vorsitzender des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten
des Deutschen Bundestages
1953 (12. November) bis 1954 (16. November)

Wahl zum Präsidenten des Deutschen Bundestages
1954 (16. November)

Wahl zum stellvertretenden Parteivorsitzenden der CDU
auf dem Stuttgarter Parteitag
1956 (bis 1969)

Bestätigung im Amt des Präsidenten des Deutschen Bundestages
1957 (15. Oktober)
1961 (17. Oktober)
1965 (19. Oktober)

Rücktritt vom Amt des Präsidenten des Deutschen Bundestages
1969 (31. Januar)

Vorsitzender der Vereinigung ehemaliger Mitglieder des
Deutschen Bundestages e. V.
1977 bis 1986

Veröffentlichung seiner umfangreichen Lebenserinnerungen
unter dem Titel „Streit und Friede hat seine Zeit“
1981

